

TAGESORDNUNG

Außerordentliche Sitzung Inklusionsbeirat Wandsbek

am Montag, den 10. Juli 2023 von 17:00 bis 19:00 Uhr

via Zoom

| TOP | INHALT | Wer | ZEIT |
|-----|---|---------------------|---------------|
| TOP | Thema | Wer | Beginn |
| 1 | Begrüßung und Eröffnung | Schmidt | 17:00 |
| 2 | Verabschiedung der aktuellen Tagesordnung | Schmidt | 17:05 |
| 3 | kurze Vorstellungsrunde | alle | 17:10 |
| 4 | Zu den Wahlen der Bezirksversammlung 2024 - bessere Beteiligung von Menschen mit Behinderung: Was können Parteien dafür tun? <i>Fragen Diskussion</i> | Parteien | 17:15 |
| 5 | Senatskanzlei Amt für IT und Digitalisierung Vorstellung Projekt Local OGP Local HAMBURG <i>Fragen und Diskussion</i> | Kuhn | 18:00 |
| 7 | Verschiedenes | alle | 18:45 |
| 8 | ➤ Themen im September: <ul style="list-style-type: none"> • Wochenmarktplatz Neugestaltung • Fallmanagement Hören | Schmidt alle | 18:50 |
| 9 | Ende der Sitzung | Schmidt | !18:59 |

| | | | |
|---|--|---------|-------|
| 1 | Begrüßung und Eröffnung der Sitzung Frau Schmidt eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmer | Schmidt | 17:00 |
| 2 | Verabschiedung der aktuellen Tagesordnung | Schmidt | 17:05 |
| 3 | Es folgt eine Vorstellungsrunde. | | 17:10 |

| | | | |
|---|--|----------|-------|
| | Es sind nur 7 stimmberechtigte Mitglieder des Inklusionsbeirates anwesend. Der Beirat ist somit nicht Beschlussfähig. | | |
| 4 | <p>Zu den Wahlen der Bezirksversammlung 2024 - bessere Beteiligung von Menschen mit Behinderung: Was können Parteien dafür tun?</p> <p>Bündnis 90/die Grünen</p> <p>Mitglieder stellen sich zur Wahl. Es besteht Offenheit gegenüber Menschen mit einer Behinderung, die sich zur Wahl stellen wollen. Dazu werden Empowerment-Prozesse genutzt, indem Personen gezielt angesprochen werden. Am Ende entscheiden die Mitglieder über die Aufstellung zur Wahl.</p> <p>SPD</p> <p>Die SPD ist offen gegenüber Menschen mit Behinderungen, die sich zur Wahl stellen möchten. Hemmungen und Barrieren sollen abgebaut werden.</p> <p>CDU</p> <p>Es gibt in der Beteiligung an politischen Prozessen Barrieren in den Bezirksversammlungen, die man berücksichtigen muss. So bestehen feste Redezeiten. Braucht ein Mensch aufgrund seiner Behinderung längere Zeit sich mitteilen zu können, ist dies schwierig. Eine Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung ist durch die bestehenden Regeln und Strukturen nicht ausgeschlossen. Man muss sich die Frage stellen, wie man diese Barrieren abbauen kann. Sie sind in jedem Fall ein Hemmnis bei politischer Aktivität.</p> <p>Fraktion die Linke</p> <p>Medien wie Powerpoint Präsentationen sind für eine politische Beteiligung von Menschen mit einer Behinderung schwierig. In vielen Bereichen gibt es Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderung. Hier ist die Gestaltung der Geschäftsordnung von Bezirksversammlungen gefragt, die gegebenenfalls angepasst werden müssten, um Teilhabe an der Politik besser möglich zu machen.</p> <p>Im weiteren Verlauf wurden Ideen und Anregungen ausgetauscht.</p> <p>Es wurde angeregt, dass die Parteien ihre Internetpräsentationen auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen anpassen sollten. Leichte Sprache, Gebärdensprache etc.</p> | Parteien | 17:15 |

| | | |
|---|--|--|
| <p>Andere Teilnehmer hielten dies für eine gute Idee und wünschten sich in der Angelegenheit einen besseren Austausch.</p> <p>Es wurde der Wunsch geäußert, dass man grundsätzlich mehr Zeit einplant, wenn es um die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen geht und man berücksichtigt, dass Menschen unterschiedlich belastbar sind.</p> <p>Teilnehmer gaben die Rückmeldung, dass sie die heutige Tagesordnung nicht transparent genug fanden. Sie hätten sich zu den Punkten mehr Informationen gewünscht, um sich vorbereiten zu können. Die Protokolle hielt man ebenfalls nicht für verständlich. Hier wurde darauf hingewiesen, dass Protokolle in leichter Sprache jederzeit über die Homepage des Bezirksamtes einzusehen sind.</p> <p>Eine weitere Idee war, dass man mehr Seminare für Leichte Sprache anbieten sollte, um viele Menschen darin zu schulen und so Barrieren in der Kommunikation abzubauen. Hier wäre auch die Möglichkeit wünschenswert, dass man für solche Kurse über einen Bildungsurlaub freigestellt werden kann. Um Kurse als Bildungsurlaub anerkennen lassen zu können, sind die Hürden aber sehr groß. Vom Landesverband der Lebenshilfe Hamburg werden regelmäßig Kurse angeboten.</p> <p>Die Wahlprogramme aller Parteien sollten in Leichter Sprache veröffentlicht werden.</p> <p>Menschen mit Behinderungen sollen direkt angesprochen und ermutigt werden sich politisch zu beteiligen. In der praktischen Umsetzung kann eine persönliche Assistenz hilfreich sein. In jedem Fall muss eine Kommunikationsassistenz gewährleistet sein, um ein politisches Amt mit einer Behinderung ausüben zu können, die sich an den individuellen Bedürfnissen der Person orientiert.</p> <p>Bezüglich des Schriftdolmetschens wurde darauf hingewiesen, dass die Kosten höher sind, als die bewilligten Mittel und es auch wenig Schriftdolmetscher und Schriftdolmetscherinnen gibt, die sehr langfristig vor einem benötigten Termin gebucht werden müssten, um zur Verfügung stehen zu können. In diesem Zusammenhang wurde die Idee geäußert, dass man Mitarbeiter des Bezirksamtes für Dolmetscherkurse gewinnen könnte, wenn</p> | | |
|---|--|--|

| | | | |
|--------------------------|---|------|-------|
| | <p>man ihre Stellen anteilig splittet. Die Idee wird an den Bezirksamtsleiter weitergegeben.</p> <p>Eine Teilnehmerin berichtet von guten Erfahrungen mit einer Software, die Sprache in Text umwandeln kann. Diesbezüglich werden weitere Entwicklungen durch die KI zu erwarten sein.</p> <p>Es wird sich über die Schwierigkeiten ausgetauscht, die sich durch Leichte Sprache und einer erforderlichen Fachterminologie ergeben kann. Es wird festgestellt, dass sich beides nicht widerspricht.</p> <p>Eine Teilnehmerin hält ein Mentorenprogramm für sinnvoll, das Menschen mit einer Behinderung in Sitzungen begleiten und einführen kann. Dies ist in einzelnen Parteien etabliert, um Nachwuchs und Neulinge in die politische Arbeit einzuführen. Es bleibt eine große Herausforderung für die Parteien.</p> <p>Abschließend wird betont, dass sich Deutschland mit der unterschriebenen UN-Behindertenrechtskonvention und dem daraus resultierenden BTHG verpflichtet hat, die Rechte von Menschen mit einer Behinderung für die Teilhabe zu stärken und somit die Rahmenbedingungen dafür schaffen muss.</p> | | |
| 5 | <p>Senatskanzlei Amt für IT und Digitalisierung</p> <p>Vorstellung Projekt Local OGP Local HAMBURG</p> <p><i>Fragen und Diskussion</i></p> <p>Präsentation siehe Anlage</p> <p>Im Bezirk Wandsbek ist eine INFO-Stele vor dem Stadtteilbüro geplant. Die Ausführung ist zum jetzigen Zeitpunkt unklar.</p> <p>Es stellt sich die Frage, inwiefern das INFO-System für alle Menschen barrierefrei sein wird. Ob aufgrund der Behinderung oder der mangelnden Erfahrung in der Nutzung digitaler Medien.</p> <p>Für die Gestaltung in Leichter Sprache bietet sich Frau Reindl für die Zusammenarbeit an.</p> | Kuhn | 18:15 |
| 6 | Ende der Sitzung | Alle | 19:10 |
| | | | |
| Christine Schmidt | Heiko Künne | | |

| | |
|-----------------------|--------------------|
| 1. Vorsitzende | Protokollführer:in |
|-----------------------|--------------------|